

## Engagementstrategie des Bundes | Stellungnahme BAGFW

<b>Datum:</b>	09. Juni 2023
<b>Organisation/Verband:</b>	BAGFW
<b>Engagementbereich:</b>	Sozialer Bereich – v.a. Einrichtungen und Angebote für Senior*innen, für Kinder und Jugendliche, für Menschen mit Behinderungen, für Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte, Gesundheitsbereich, Quartiers- und Gemeinwesenarbeit, außerschulische Jugendarbeit, Bildungsarbeit für Erwachsene, Politik und politische Interessenvertretung, Kirchlicher oder religiöser Bereich, lokale Vereine und Initiativen, Rettungs- und Katastrophenhilfe, Selbsthilfe

### **Thema: Zivilgesellschaft stärken**

#### Zentrale Erkenntnis:

Gemeinnützige Organisationen und ihre Einrichtungen und Angebote, lokale Initiativen, Vereine und Verbände bilden das institutionelle und infrastrukturelle Rückgrat zivilgesellschaftlichen Engagements auf allen Ebenen. Die für sie typische Koproduktion von freiwillig und beruflich Engagierten prägt in besonderer Weise die Tätigkeit der Freien Wohlfahrtspflege. Viele hunderttausend bürgerschaftlich Engagierte bringen sich hier mit eigenen Kompetenzen und Motiven ein. Sie geben dabei Innovationsimpulse für die Weiterentwicklung sozialer Dienste. Sie üben ehrenamtliche Kontrollfunktionen gegenüber hauptamtlich Verantwortlichen aus, stärken gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe. Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Teilhabe ist ein wichtiges Ziel professionellen Handelns in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege.

Empfehlung 1: Die Bundes-Engagementstrategie muss die zentrale Rolle der Verbände und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege als institutionalisierte Netzwerke für vielfältiges bürgerschaftliches Engagement und seine Erfolgsvoraussetzungen reflektieren. Nur in einem konstruktiven Kooperationsverhältnis des Staates und seiner föderalen Ebenen sowie der Zivilgesellschaft und unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsgrundsatzes lassen sich zentrale Herausforderungen unserer Zeit bewältigen.

Empfehlung 2: Die in vielen Arbeitsbereichen der Freien Wohlfahrtspflege vorherrschende Projektförderung behindert den Bestand und die Weiterentwicklung verlässlicher Strukturen sowie eine auf Innovation und strategische Kooperation mit anderen Partnern angelegte Entwicklung von langfristigen Projekten. Für erfolgreiche Strukturen bürgerschaftlichen Engagements sollten mehr Elemente einer „Förderkulisse des langen Atems“ entwickelt werden. Die dauerhafte Verankerung passgenauer Förderstrukturen für zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege schafft die Bedingung dafür, dass Engagierte Ansprechpartner und Unterstützung finden.

Empfehlung 3: Engagement bedarf der institutionellen Engagementförderung. Engagement-Infrastrukturen werden in vielfältiger Weise durch Verbände und Organisationen bereitgestellt. Das braucht finanzielle Förderung und personelle Ressourcen. Für die Wohlfahrtsverbände ist dabei die Ermöglichung, nicht aber die Steuerung und Regulierung des freiwilligen Engagements das Ziel. Der

## Engagementstrategie des Bundes | Stellungnahme BAGFW

Freien Wohlfahrtspflege geht es darum, ein effektives Zusammenwirken von beruflichem und freiwilligem Engagement zu stärken.

### Zentrale Erkenntnis:

Rechtliche Unsicherheit und bürokratische Anforderungen behindern zivilgesellschaftliches Engagement.

Empfehlung 4: Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform des Gemeinnützigkeitsrechts muss dringend in Angriff genommen werden und im Kontext der Bundes-Engagement-Strategie berücksichtigt werden. Die Sorge um den Verlust der Gemeinnützigkeit hält einen nicht geringen Teil zivilgesellschaftlicher Organisationen davon ab, sich politisch zu positionieren und zu engagieren, etwa zu Fragen der Zukunft der Demokratie oder der sozial-ökologischen Transformation.

Empfehlung 5: Alle Gesetzesentwürfe sollten systematisch auf unnötige Folgekosten und übermäßigen bürokratischen Aufwand für bürgerschaftliches Engagement überprüft werden. Wie auch vom Bündnis für Gemeinnützigkeit gefordert, kann dies durch eine Erweiterung des Prüfauftrages des Normenkontrollrates unter personeller Einbeziehung von Expert\*innen aus dem Kreis gemeinnütziger Organisationen erreicht werden. Registerstrukturen sind zu vereinfachen und doppelte Meldepflichten etwa durch die Einführung eines digitalisierten Basisregisters abzuschaffen. Die Fördermittelvergabe bedarf der konsequenten Reform, wie zum Beispiel durch die entsprechende Anpassung der Bundeshaushaltsordnung und der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung. Insbesondere ehrenamtliche Funktionsträger\*innen können so erheblich entlastet werden.

Empfehlung 6: Zur Förderung freiwilligen Engagements gilt es, Möglichkeiten zu schaffen, Leistungen aus freiwilligem Engagement als Eigenleistung bzw. Eigenmittel-Einsatz oder geldwerte Leistungen anzuerkennen.

### **Thema: Engagement und Demokratie**

#### Zentrale Erkenntnis:

Eine lebendige und engagierte Zivilgesellschaft ist gerade vor dem Hintergrund zunehmender menschenfeindlicher Einstellungen, populistischer und rechtsextremer Positionen, Hate Speech und Verschwörungsmymen eine wichtige Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und Frieden – auch im europäischen und globalen Kontext. Die Wohlfahrtsverbände übernehmen hier eine wichtige Funktion, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Respekt vor Würde und Selbstbestimmung aller Menschen zu schützen. Sie tun dies in der beruflichen sozialen Arbeit, aber auch, indem sie das freiwillige Engagement für und von Menschen fördern und dabei verhindern, dass Menschen, die am Rande stehen, im Engagement ausgegrenzt werden. Für die Wohlfahrtsverbände bedeutet Engagementpolitik Querschnittspolitik. Engagement- und Demokratieförderung gehören zusammen.

Empfehlung 1: Wir erwarten von der künftigen Engagementpolitik, dass sie aktives Engagement gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegen Ausgrenzung und Spaltung, für Demokratie und ein friedliches Zusammenleben (auch über den nationalen Kontext hinaus) fördert. Das Demokratiefördergesetz und die Demokratieförderprogramme sind hierfür wichtige Voraussetzungen. Dafür müssen in den kommenden Jahren ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

## Engagementstrategie des Bundes | Stellungnahme BAGFW

Empfehlung 2: Ehrenamtliche Patenschaften für Geflüchtete, Peer-to-Peer-Beratung zur Suizidprävention, Aktionen gegen Rassismus und für Vielfalt und Willkommensangebote auf Bahnhöfen für Geflüchtete und Gestrandete, ehrenamtliche Angebote der Fortbildung und Beratung (von der Schuldner- bis zur Energiesparberatung) sind nur einige Beispiele konkreten bürgerschaftlichen Engagements, die weiter und verstärkt gefördert werden müssen. Das Förderprogramm „Menschen stärken Menschen“ sollte entsprechend fortgeführt und ausgebaut werden. Wir empfehlen außerdem die Stärkung der Beratungs- und Präventionsstrukturen und die verbesserte Förderung der politischen Bildung als Demokratiebildung.

Empfehlung 3: Die Bekämpfung von Hate Speech, Verschwörungsmutten und undemokratischem Verhalten in den sozialen Netzwerken und anderen Medien, wird auch und gerade von bürgerschaftlich Engagierten übernommen. Sie setzt früh und präventiv an. Wir erwarten, dass die gesetzlichen Spielräume zur Bekämpfung von Hassrede und „fake news“ genutzt und ggf. erweitert werden. Außerdem muss Medienbildung im Zusammenhang mit politischer Bildung stärker Teil der schulischen Bildung und der außerschulischen Bildungsarbeit werden und die Bekämpfung von Einsamkeit der Anfälligkeit für Verschwörungstheorien vorbeugen.

### Zentrale Erkenntnis:

Engagement äußert sich gegenüber dem Staat im demokratischen Gemeinwesen auch regelmäßig als Kritik und Protest. Der Staat sollte die Zivilgesellschaft als selbstbewusstes Gegenüber mit eigenen Ideen, Motivationen und Strategien anerkennen. Das bedeutet auch, dass der Staat Engagement nicht auf seine Rolle als „Erfüllungsgehilfe“ für soziale Aufgaben reduzieren darf. Wachsende gesellschaftlicher Herausforderungen und angespannte Haushaltslagen dürfen nicht zum Rückzug des Staates aus Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und zur staatlichen Indienstnahme von bürgerschaftlichem Engagement führen.

Empfehlung 4: Die Freie Wohlfahrtspflege setzt sich ausdrücklich dafür ein, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland und weltweit frei und uneingeschränkt betätigen können. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die geltenden Gesetze bilden dafür den Rahmen. Dort, wo diese den Raum der Zivilgesellschaft unzulässig begrenzen und die Akteure in ihrer Handlungsfreiheit beschränken, müssen rechtliche Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden. Die globalen Tendenzen von „Shrinking Spaces“ für die Zivilgesellschaft gilt es im Rahmen einer Bundes-Engagement-Strategie einzudämmen.

Empfehlung 5: Politische Beteiligungsverfahren sollten zeitlich so gestaltet sein, dass in den Verbänden demokratische Abstimmungsprozesse, in die vielfach Ehrenamtliche eingebunden sind, möglich sind.

### **Thema: Zugänge zum Engagement**

#### Zentrale Erkenntnis:

Bürgerschaftliches Engagement ist eine zentrale Dimension gesellschaftlicher Teilhabe. Diese muss allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen offenstehen. Doch lassen sich erhebliche gesellschaftliche Ungleichheiten und soziale Hürden im Zugang zu Engagement feststellen. Strukturelle Ungleichheiten können nicht durch Engagement abgebaut werden, aber Engagement kann Brücken bauen, Teilhabe ermöglichen, Lernräume eröffnen und Gemeinschaft stiften.

## Engagementstrategie des Bundes | Stellungnahme BAGFW

Empfehlung 1: Eine Bundes-Engagementstrategie soll Perspektiven aufzeigen, wie der Staat auf allen föderalen Ebenen mit der Zivilgesellschaft gemeinsam Zugangshürden zum Engagement senken kann. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es verstärkter Maßnahmen und Strukturen, die explizit unterrepräsentierten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen (wie Personen mit Migrationshintergrund, Beeinträchtigungen oder geringem Einkommen) Engagementmöglichkeiten eröffnen. Dabei genügt es nicht, lediglich die Engagierten selbst zu fördern. Ergänzend müssen Strukturen geschaffen und gestärkt werden, um ein solches Engagement zu ermöglichen und es für diese Gruppen attraktiv zu gestalten.

Empfehlung 2: Für Menschen mit Behinderung sind Teilhabeleistungen für Engagement bisher gesetzlich nicht umfassend vorgeschrieben. Wir empfehlen, dies künftig zu ermöglichen und entsprechend gesetzlich zu regeln. Menschen mit Behinderung sollten für notwendige Assistenz nicht auf Unterstützung aus dem Familien- und Bekanntenkreis angewiesen sein.

Empfehlung 3: Freiwilligendienste müssen allen Menschen offenstehen, unabhängig von ihrer sozio-ökonomischen und ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder einer Behinderung/ chronischen Erkrankung. Wir empfehlen, die Rahmenbedingungen der Freiwilligendienste entsprechend zu verbessern und strukturelle Hürden abzubauen. Dazu gehört die Refinanzierung einer zielgruppengerechten und barrierefreien Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie eine zusätzlich zum Taschengeld zu zahlende, bedarfsorientierte Unterstützung zur Finanzierung des Lebensunterhalts von Freiwilligen. Auch bedarf es einer ausreichenden und abgesicherten Finanzierung der pädagogischen Begleitung durch die Träger, weil diese einen inklusiven Freiwilligendienst erst ermöglicht.

Empfehlung 4: Jeder Mensch in Deutschland soll das Recht haben, mindestens einmal im Leben einen Freiwilligendienst im In- oder Ausland zu leisten. Zweckmäßig lässt sich das umsetzen, indem aus jedem zwischen Freiwilliger\*in und Einsatzstelle/Träger geschlossenen Vertrag für einen erstmaligen Freiwilligendienst ein Rechtsanspruch auf Förderung erwächst.

### Zentrale Erkenntnis:

Menschen in allen Lebensphasen möchten sich bürgerschaftlich engagieren. Dabei ergeben sich in verschiedenen Lebensphasen spezifische Herausforderungen, die engagementpolitische Antworten erfordern.

Empfehlung 5: Für junge Menschen bieten die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege vielseitige Möglichkeiten des Engagements. Jugendverbände, das Engagement in den Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände und die besondere Form der Freiwilligendienste bilden oft den Eintritt in ein lebenslanges Engagement und sind so besonders zu fördern. Das Lernen von bürgerschaftlichem Engagement sollte zudem flächendeckend eine Aufgabe der Schulen sein, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie erfahrbar zu machen.

Empfehlung 6: Die Vereinbarkeit von Beruf, familiären Sorgearbeiten und bürgerschaftlichem Engagement ist eine zentrale Herausforderung für die Engagementpolitik. Eine zukunftsorientierte Engagementpolitik muss hier nachdrücklich auf großzügige Freistellungsregelungen seitens der Arbeitgebenden hinwirken und die Anrechnung von Engagement im Kontext von Regelstudien- und -ausbildungszeiten sowie Förderhöchst Dauern bei BAFÖG und Stipendien verankern.

## Engagementstrategie des Bundes | Stellungnahme BAGFW

Empfehlung 7: Für Menschen vor und nach dem Übergang in den Ruhestand wird eine passgenaue Engagementförderung immer bedeutsamer. Mit ihren beruflichen Erfahrungen und zeitlichen Ressourcen sind sie eine wichtige Stütze zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Engagementstrategie sollte Maßnahmen entwerfen, wie das Engagement älterer Menschen gezielt gefördert werden kann und dabei die einsamkeitspräventive Wirkung des freiwilligen Engagements berücksichtigen.

### Zentrale Erkenntnis:

Es lässt sich eine zunehmende Flexibilisierung des Engagements mit volatileren Lebensläufen, kurzzeitigeren Bindungen und größerer Projektorientierung der Engagierten beobachten. Bei unverändert hoher Engagementquote in Deutschland werden die Voraussetzungen für langfristige Aufgaben in klassischen Engagementstrukturen als anspruchsvoller erlebt. Dementsprechend ist die Suche nach neuen Mitgliedern und Engagierten für Vorstands- und Gremienarbeit zum Teil herausfordernd.

Empfehlung 8: Durch die Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen von Engagement, die sich an der Lebensrealität der Menschen orientieren, kann die Tätigkeit von Engagierten erleichtert und ihre gesellschaftliche Teilhabe, aber auch die Teilhabe von Nutzer\*innen der ehrenamtlichen Angebote gestärkt werden.

Empfehlung 9: Engagement entfaltet seine Qualität und seine Vielfalt am stärksten, wenn es auf professionelle Engagement-Förderstrukturen zurückgreifen kann. Diese Strukturen sind sowohl Anlaufstelle, gestaltende Unterstützung und Scharnier zwischen Engagement und Verwaltung.

Empfehlung 10: Räume für Engagement müssen öffentlich sichtbar und barrierearm zugänglich für alle sein. Es sind Rahmenbedingungen zu etablieren, die Bewährtes stärken und gleichzeitig den Raum geben, um Neues zu entwickeln und Innovationen zu fördern. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege gehen hierbei mit ihrer bundesweiten Präsenz, mit großen Netzwerken vor Ort und langjähriger Erfahrung als Ermöglichungsstrukturen für Engagement voran.

## **Thema: Digitale Transformation der Zivilgesellschaft**

### Zentrale Erkenntnis:

Die digitale Transformation bedeutet große Herausforderungen für die organisierte Zivilgesellschaft und für bürgerschaftlich Engagierte. Einerseits eröffnet sie neue Möglichkeiten und Formen der Organisation und des Engagements, andererseits bedarf es der Unterstützung in der Anpassung der eigenen verbandlichen Strukturen und in der Qualifizierung von ehrenamtlich und beruflich Engagierten.

Empfehlung 1: Zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände benötigen Unterstützung bei der Digitalisierung bis in die lokalen Untergliederungen der Verbände. Die umgesetzten Förderprogramme sind begrüßenswerte Schritte. Dabei muss die kontinuierliche Förderung von digitalen Tools und von Weiterbildungsmaßnahmen verbessert und verstetigt werden. Flankierend ist dringend über größere Projektförderungen für die Umsetzung umfassenderer Digitalisierungsvorhaben nachzudenken.

Empfehlung 2: Die Trennung zwischen digitalem und analogem Engagement ist besonders bei jungen Menschen nicht aufrechtzuerhalten. Dementsprechend sollten auch Förderprogramme und Qualifizierungsangebote vermehrt eine umfassende Perspektive von Engagement einnehmen. Rechtliche Hindernisse für digitale Vereinsstrukturen sind abzubauen.

## Engagementstrategie des Bundes | Stellungnahme BAGFW

Empfehlung 3: Neue Zugänge zum Engagement in Form von digitalen Engagementplattformen/-börsen müssen so geschaffen und ausgebaut werden, dass sie sich an den tatsächlichen Bedarfen der an einem Engagement Interessierten ausrichten. Die Verknüpfung von inhaltlichen, regionalen und gemeinschaftsbezogenen Aspekten der digitalen Engagementsuche sind konzeptionell weiterzuentwickeln und barrierefrei auszugestalten.

### Zentrale Erkenntnis:

Nicht alle Menschen können gleichermaßen von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren. Gesellschaftliche Ausschlüsse und Ungleichheiten werden auch im bürgerschaftlichen Engagement als „digital divide“ fortgesetzt und verstärkt. Zugleich bietet die Digitalisierung gerade für einzelne vulnerable Gruppen Partizipationschancen.

Empfehlung 4: Die Bundes-Engagementstrategie muss die Verbesserung digitaler Zugänge für alle Engagierten anstreben. Neben der Unterstützung mit Hardware und Software bedeutet dies vor allem, digitale Kompetenzen der bürgerschaftlich Engagierten und der mit ihnen zusammenarbeitenden Hauptamtlichen durch Fort- und Weiterbildung zu stärken.

Empfehlung 5: Digitale Angebote im bürgerschaftlichen Engagement müssen möglichst barrierearm werden. Dieser Barriereabbau sollte dementsprechend finanziell und mit dem Aufbau von Expertise gefördert werden.

Empfehlung 6: Die Digitalisierung hat auch das Potenzial, Menschen abzuhängen. Weder dürfen analoge Engagementangebote komplett durch digitale Angebote abgelöst werden, noch dürfen Engagierte als bloße Lückenbüsser in schlecht geplanten Digitalisierungsvorhaben eingespannt werden.